

Erster Saarländischer Dialogtag

„Mathematik an der Schnittstelle zwischen Hochschule und Schule“

Wer um Mathematik einen großen Bogen machen will, war am 31. Januar am Campus Rotenbühl der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (HTWdS) definitiv am falschen Platz. 70 MathematiklehrerInnen und -hochschuldozentInnen trafen sich dort und erarbeiteten in Form einer Zukunftswerkstatt Möglichkeiten, um den Übergang von der Schule zur Hochschule im Bereich Mathematik zu verbessern.

In der ersten Phase machten es Impulsvorträge von Referenten aus Schule, Studienvorbereitungsphase und Hochschule leicht, in das Thema zu finden und die bestehenden Probleme zu benennen. Die intensive Diskussion bildete die Grundlage für die nachfolgende Gruppenarbeitsphase, in der abseits von finanziellen, rechtlichen und politischen Sachzwängen Wünsche und Ideen zur Verwirklichung des mathematischen Studienerfolgs entwickelt wurden.

Nach der Mittagspause schauten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über den Tellerrand des Saarlands hinaus und ließen sich von Projekten aus Bayern und Baden-Württemberg inspirieren. Beflügelt von den Best-Practice-Beispielen entwickelten die Anwesenden pragmatische Maßnahmen, die auch bei bekannt knappen Ressourcen zeitlicher und finanzieller



Die Arbeit in den Arbeitsgruppen (hier Arbeitsgruppe Schule). Foto: Anke Leiser

Natur direkt umsetzbar sind. Im Hinblick auf nachhaltige Wirksamkeit wurden weiterhin Bereiche identifiziert, deren inhaltliche und zeitliche Rahmenbedingungen intensiver diskutiert werden sollen.

Einhellig wurde der Dialogtag als erfolgreicher Tag bewertet, der im nächsten Jahr wiederholt wird. Denn einerseits konnte das Verständnis für die Sicht und Probleme der unterschiedlichen Bildungs-

akteure geschaffen werden, andererseits wurden viele Aktivitäten angestoßen, zu denen sich die entsprechenden Arbeitsgruppen gerade zusammenfinden. Dies war nicht zuletzt durch das Interesse an den einzelnen Schulen und die Bereitschaft zur organisatorischen Unterstützung möglich.

Wir danken auch im Namen unseres Kooperationspartners, dem Landesinstitut für Pädagogik und Medien, allen Aktiven und Förderern, insbesondere der Hochschulleitung, der Fakultät Wirtschaftswissenschaften, der Stiftung ME Saar, der IHK und der Bank 1 Saar sowie unserer Schirmherrin, der Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer.

Der Dialog und der Erfolg der sich daraus entwickelnden Maßnahmen leben von und mit den beteiligten Akteuren. Wer sich informieren möchte, Lust hat, an der Entwicklung oder Umsetzung der Maßnahmen teilzuhaben, oder einfach Gedanken zum Thema beisteuern möchte, ist herzlich eingeladen mit dem Projektteam über StR'in Anke Leiser (a_leiser@gmx.net) oder über Prof. Dr. Susan Pulham (HTWdS) Kontakt aufzunehmen. ■

Anke Leiser und Susan Pulham



Das Plenum lauscht den Impulsvorträgen. Foto: Anke Leiser

Weimarer Herbstakademie

„Ein Schutzschirm für die Weiterbildung - öffentliche Verantwortung statt Markt“

„Milliarden fließen in die Bankenrettung und in Großprojekte, aber für Weiterbildung ist nichts da!“, so Steffi Odenwald, Leiterin des Vorstandsbereichs Berufliche Bildung und Weiterbildung beim GEW-Hauptvorstand, bei der Eröffnung der Weimarer Herbstakademie der GEW am 15.11.2012. Die über 70 TeilnehmerInnen aus Weiterbildung, Wissenschaft und Politik zogen Bilanz und forderten massive Veränderungen.

Prof. Dobischat zeigte in seinem Vortrag die historische Entwicklung der Weiterbildung auf, hin zu einer zunehmenden Vermarktlichung. Verfolgte sie lange Zeit die Emanzipation und Partizipation aller BürgerInnen, so spielte sie nach Ende der Nazi-Diktatur zunächst eine periphere Rolle. Seit der Bildungsoffensive in den 1960er Jahren wird der Ausbau der Weiterbildung in staatlicher Verantwortung zur vierten Säule des Bildungswesens in vielen politischen Beschlüssen und Bildungsplänen gefordert, zuletzt 2005 in der Koalitionsvereinbarung der Großen Koalition. Im krassen Gegensatz zu all diesen Proklamationen steht, dass Weiterbildung zunehmend dem Markt überlassen wurde und der Staat sich fast ganz zurückgezogen hat.

Einen deutlichen Schub erhielt die Privatisierung mit den Bildungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungs-gesetz (AFG). Es entstand eine Vielzahl kommerzieller Träger, die miteinander konkurrieren und sich preislich gegenseitig unterbieten. Prof. Hufer zeigte in seinem anschließenden Referat „VHS von der Bildungseinrichtung zum rentablen Unternehmen“ auf, dass auch die Volkshochschulen, obwohl noch weitgehend öffent-

lich getragen und gefördert, sich diesem Trend in ihrer Mehrzahl unterworfen haben. Eine Folge der Vermarktlichung von Weiterbildung ist die Prekarisierung der Arbeit der dort Beschäftigten. „Märkte haben keine Verantwortung und Moral, sie taugen vielleicht für den Warenkreislauf, aber nicht, wenn es um Menschen geht“, so Dobischat.

Im weiteren Verlauf befassten sich die TagungsteilnehmerInnen intensiv mit konkreten Fragen von Finanzierungsmodellen, Angebotsqualität, Beschäftigungsbedingungen und Profession sowie mit Durchsetzungsstrategien für eine öffentlich verantwortete Weiterbildung. Vor der abschließenden Podiumsdiskussion stellte Uschi Martens für den Bundesfachgruppenausschuss Erwachsenenbildung die Weimarer Thesen 2012 vor, mit der Aufforderung an die PodiumsteilnehmerInnen - PolitikerInnen von SPD, GRÜNEN und LINKE sowie VertreterInnen des Bundesbildungsministeriums und der Volkshochschulverbände - in der Diskussion dazu Stellung zu nehmen.

Die GEW fordert darin

- die Abschaffung prekärer Arbeit durch verlässliche Finanzierung, mehr feste Stellen mit tariflicher Bezahlung und entsprechend hohe Honorare mit sozialer Absicherung,

- die Wahrnehmung des öffentlichen Bildungsauftrags durch bundesweite Regelungen für ein kohärentes inklusives Weiterbildungssystem, in dem allgemeine, kulturelle, politische und berufliche Bildung gleichermaßen gefördert werden und jede/r die Chance auf Teilnahme hat,

- den Ausbau und die Förderung öffentlicher Strukturen der Weiterbildung,

- die nachhaltige Verankerung von Innovationen und den Abbau der ‚Projektitis‘,

- eine offensive Unterstützung politischer Bildung, damit die ‚Erklärung der Welt‘ nicht elitären Populisten und kommerziellen Interessen überlassen wird,

- Professionalisierung und Qualifizierung der Weiterbildung durch die Entwicklung eines Berufsprofils,

- den Aufbau eines öffentlich geförderten Beratungsnetzes, um allen die Teilhabe an Weiterbildung zu ermöglichen.

Tendenziell stimmten alle PodiumsteilnehmerInnen dem Forderungskatalog zu. Vor allem die Aufhebung des Kooperationsverbotes wurde gefordert, um Bundesregelungen zu ermöglichen und im Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen die Rahmenbedingungen für Weiterbildung verbessern zu können. Es wurde aber auch darauf verwiesen, dass derzeit das ‚Gesundshrumpfen‘ öffentlicher Haushalte im Vordergrund steht und dass Weiterbildung insgesamt einen geringen öffentlichen und politischen Stellenwert hat. Die GEW müsse die Gleichwertigkeit aller Bildungsbereiche erst in den eigenen Reihen herstellen, um sie dann wirkungsvoll nach außen vertreten und zusammenführen zu können. ■

Dr. Fred Schell,
Bundesfachgruppe Erwachsenenbildung

